

„Unsere Sorge bleibt, die 2020-Ziele nicht zu erreichen“

sagt **Konstantin Staschus**, Generalsekretär des Verbands europäischer Übertragungsnetzbetreiber Entso-E. Er und **Rolf Neumaier** von EnBW begrüßen den Vorstoß der EU, Genehmigungen für Stromtrassen zu verkürzen. Finanzielle Anreize könnten dabei helfen.

Interview: Jörg-Rainer Zimmermann

neue energie: Das Stromnetz in Europa muss massiv ausgebaut werden, Brüssel stellt derzeit die nötigen Weichen. Wie präzise können Netzausbauprognosen sein, wenn man den Zeitraum bis 2050 betrachtet?

Konstantin Staschus: Die europäischen Übertragungsnetzbetreiber stehen vor der Herausforderung, dass sich das gesamte Energieversorgungssystem in den nächsten Jahrzehnten verändern wird. 2010 hat Entso-E einen Ausbaubedarf von 42 100 Kilometer bis 2020 festgestellt. Wir werden 2012 beginnen, den Bedarf für 2030 systematisch zu ermitteln und haben erste Ausblicke auf ein Nordseenetz bis 2030 veröffentlicht. Für 2050 haben wir ein Forschungsprojekt aufgelegt, 2014 sollen die Ergebnisse vorliegen. Dabei wollen wir ermitteln, ob und wie Europa eine höhere Spannungsebene als 400 Kilovolt braucht. Es ist aber klar, dass die Unsicherheiten zunehmen, je weiter man in die Zukunft blickt.

ne: Netzprojekte sind über Jahrzehnte angelegte Investitionsentscheidungen. Wäre da nicht mehr Gewissheit bei den Planungen wichtig?

Staschus: Natürlich muss die Planung die Lebensdauer der Leitungen berücksichtigen. Es kann aber auch überraschende Entwicklungen geben, zum Beispiel bei der Kostenentwicklung und einem dementsprechend rasanten Ausbau der Photovoltaik in vielen Teilen Europas. Darauf müssen die Netzbetreiber flexibel reagieren, in Planung und Betrieb.

ne: Vor Gründung der Entso-E im Jahr 2009 gab es keine abgestimmte Netzausbauplanung für Europa, sagen Kritiker. Was hat sich seitdem verändert?

Staschus: Die Existenz von Entso-E wurde von der EU in einer Verordnung vorgeschrieben, es gibt also einen regulatorischen Rah-

men. Unsere Planungen basieren zudem auf den jeweiligen nationalen Plänen zum Netzausbau. Bereits unser erster Zehnjahresplan 2010, in dem geprüft wurde, ob nationale und bilaterale Pläne regional und europäisch zusammenpassen, war ein großer Fortschritt.

ne: In unabhängigen Studien wurde ein Ausbaubedarf ermittelt, der weit über den erwähnten 42 100 Kilometern liegt. Hat Entso-E also eher zurückhaltend gerechnet?

Staschus: Unser Plan ist kohärent mit den gesetzlich verankerten nationalen Aktionsplänen für erneuerbare Energien, es wäre also angemessen, die 42 100 Kilometer als „No-Regret“-Katalog zu sehen, also als Leitungen, die bis 2020 in jedem Fall kommen müssen. Sollten sie nicht rechtzeitig genehmigt werden, sind sämtliche anderen mit 2020 verbundenen Ziele wie etwa die Integration der Erneuerbaren und die Versorgungssicherheit gefährdet.

Wir veröffentlichen im Zweijahresrhythmus unserer Zehnjahrespläne ein Monitoring zur Umsetzung, nächstes Mal ist das im März 2012. Erste Eindrücke der Daten zeigen, dass mehr Projekte Verzögerungen bei Genehmigungen aufweisen als Beschleunigungen.

ne: Dass der Ausbau nur schleppend vorankommt, beklagen Netzbetreiber in ganz Europa. Welche Hürden sind zu nehmen?

Staschus: Als zentrales Ausbauehemnis sehen wir die Genehmigungsverfahren. Es gibt zu viele Behörden, die nicht optimal zusammenarbeiten. Zudem bereitet die öffentliche Akzeptanz große Probleme. Nach Genehmigungsverfahren treten oft weitere Verzögerungen ein, weil gegen die Trassen geklagt wird. Jahrelange Querelen, wie es sie in Deutschland etwa bei der berühmten Rennsteig-Durchquerung gibt, sind keine Seltenheit.

Rolf Neumaier: Ich denke, es geht auch darum, dass die Menschen verstehen müssen, dass sie persönlich vielleicht keine direkten Vorteile von bestimmten Leitungen haben, sondern dass diese Leitungen auch gebaut werden, um die Ziele zur Reduktion von Kohlendioxid zu erreichen.

ne: Es gibt Länder, in denen Ausbauprojekte zügiger umgesetzt werden als in Deutschland. In Spanien etwa, wo es nur einen Übertragungsnetzbetreiber gibt.

Neumaier: Ich denke nicht, dass das Ausbautempo etwas damit zu tun hat, wie viele Netzbetreiber es gibt. Vielleicht funktioniert es in Spanien besser, weil es dort eine stringenter Gesetzgebung gibt. Ein anderer Vorteil sind die geografischen Gegebenheiten in Spanien. In Deutschland haben wir es mit einer wesentlich dichteren Besiedlung zu tun.

ne: Was geschieht, wenn der Zehnjahresplan nicht eingehalten wird? Gibt es Sanktionen wenn Projekte nicht bis 2020 umgesetzt werden?

Staschus: Der Zehnjahresplan ist nicht bindend. Das heißt die Nichteinhaltung kann, zumindest auf europäischer Ebene, nicht sanktioniert werden, und dies wird sich auch mit dem Energieinfrastrukturpaket nicht ändern. Allerdings haben die nationalen Regulierungsbehörden die Pflicht, die Konsistenz der nationalen Netzpläne mit dem Entso-E-Plan zu prüfen.

ne: Netzbetreiber klagen über die fehlende Harmonisierung nationaler Verordnungen, wenn es um grenzüberschreitende Projekte geht. Braucht es eine übergeordnete europäische Netzagentur, um den Ausbau zu beschleunigen?

Staschus: Die neue Infrastruktur-Verordnung definiert Aufgaben für beschleunigte Genehmigungen und verbesserte Anreize,



Konstantin Staschus

stammt aus Berlin und ist seit langem in der Energiewirtschaft tätig. Bevor er im März 2009 zum Generalsekretär von Entso-E ernannt wurde, war er unter anderem Mitglied der Geschäftsleitung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft.



Rolf Neumaier

hat in Karlsruhe Elektrotechnik studiert und arbeitet seit 1998 für die EnBW Transportnetze AG. Bei Entso-E ist er im Netzentwicklungsausschuss tätig. Zudem war er bis Herbst 2010 Mitglied in der Projektsteuerungsgruppe der zweiten Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (Dena 2).

zudem gibt es die Energieagentur Acer, eine andere übergeordnete Agentur ist nicht nötig. Im Gegenteil, in der EU-Verordnung von 2009 ist es ja ausdrücklich so angelegt, dass die Planung von denen gemacht wird, die es am besten können, von den Netzbetreibern also. Natürlich unter Beteiligung sämtlicher betroffener Gruppierungen, der Regulatoren und der Energieagentur Acer.

ne: Wiederholt haben die Netzbetreiber aber betont, Acer sei im Aufbau befindlich und könne die EU-Netzplanung derzeit weder optimieren noch den Ausbau beschleunigen...

Staschus: Acer hat eine Monitoring- und auch eine Schlichtungsaufgabe zur Umsetzung der europäischen Netzpläne, zum Beispiel wenn sich Regulatoren betroffener Länder nicht über die Kostenteilung grenzüberschreitender Leitungen einigen können. Diese Befugnisse wurden von der EU schon 2009 definiert. In der neuen Energieinfra-

struktur-Verordnung wird eine detaillierte Kosten-Nutzen-Betrachtung vorgeschlagen, um solche Kostenteilungen künftig besser regeln zu können. Das halten wir grundsätzlich für richtig, die genauen Vorschläge unterstützen zugleich die Rolle von Acer.

ne: Acer konzentriert sich auf grenzüberschreitende Projekte. Der Ausbau bleibt also primär eine nationalstaatliche Frage?

Neumaier: Nach der bisherigen Zuständigkeit ist das auch unsere Wahrnehmung. Der Großteil der Projekte wird eigenständig in den Ländern entschieden, hängt also vom nationalen Regulator ab.

ne: Demnach bleibt unklar, wie die EU-Kommission es umsetzen will, Genehmigungen auf drei Jahre zu verkürzen.

Staschus: Es muss gelingen, diese drei Jahre europaweit in nationale Gesetzgebung zu übersetzen. Unsere große Sorge bleibt, dass wir die 2020-Ziele nicht erreichen.

ne: Entso-E hat für die 42 100 Kilometer rund 100 Milliarden Euro Investitionsvolumen veranschlagt. Zugleich klagen die Netzbetreiber über zu niedrige Entgelte. Sehen sich Ihre Mitglieder in der Lage, diese Summe bis 2020 aufzubringen?

Staschus: Die kurze Antwort lautet „ja“. Allerdings hat auch hier die Energieinfrastruktur-Verordnung die wichtige Rolle, Anreize zu verbessern. Denn ohne Renditen, die im internationalen Wettbewerb um Finanzmittel konkurrenzfähig sind, werden sich kaum Investoren finden. In allen Ländern brauchen wir stabile und attraktive regulatorische Bedingungen. Die von der EU vorgeschlagenen 9,1 Milliarden Euro zur Förderung besonderer Netzausbauprojekte sollten dies ergänzen. Eine Förderung aus diesem Topf bekommen übrigens nur solche Projekte, für die das auf drei Jahre verkürzte Genehmigungsverfahren gilt. Das ist ein Anreiz, um die Genehmigungsverfahren insgesamt zu beschleunigen.